

26.10.2021

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Erinnerungsorte des DDR-Unrechts als originäre Bestandteile unserer Erinnerungskultur: Das Betonsegment der Berliner Mauer am Landtag als Mahnmal aufwerten.

I. Ausgangslage

Für die Koalition aus CDU und FDP ist die Erinnerung an das Unrecht der Opfer der SED-Diktatur wichtig. Die Folgen dieses dunklen Zeitabschnitts wirken bis heute fort. Viele Menschen, insbesondere diejenigen, die von der Staatssicherheit der DDR ausspioniert, verfolgt und oftmals schweren Repressionen ausgesetzt wurden, leiden bis heute unter den Folgen.

Der 9. November 1989 ist im nationalen Gedächtnis fest als Tag des Mauerfalls verankert. Dieser Tag der nationalen Freude ist jedoch untrennbar auch mit dem 13. August 1961, dem Tag des Mauerbaus, verbunden. Dieses Datum hat sich in diesem Jahr zum 60. Mal gejährt und verdient die gleiche Aufmerksamkeit. Mindestens 140 Menschen starben an dieser Grenze auf ihrem Weg in die ersehnte Freiheit. Dieser Tag ist Mahnung und zugleich Verpflichtung, dass das Leid und der Tod an der Mauer und innerhalb der Grenzen des SED-Unrechtsstaates nicht in Vergessenheit geraten.

Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht hat einen festen Platz in unserer Erinnerungskultur. Auch diese Aufarbeitung von Unrecht hat kein Verfallsdatum, denn Geschichte kennt keinen Schlussstrich. Nur so kann unser Blick für Freiheit und Demokratie geschärft bleiben. Deshalb ist es auch wichtig, dass in der politischen Bildung Programmelemente zur Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht angeboten werden.

Die DDR hat die Freiheit des Individuums massiv beschnitten und sein Leben „organisiert“. Bürgerrechte, freie und geheime Wahlen, Meinungs- und Pressefreiheit, Wissenschafts- und Kunstfreiheit, Freizügigkeit etc. wurden in der DDR systematisch unterdrückt. Bildungs- und Berufschancen wurden für Kritiker und deren Angehörige abgeschnitten. Deshalb spielt die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht für die NRW-Koalition in vielen Bereichen eine Rolle, etwa bei der Zeitzeugenarbeit oder bei Gedenkveranstaltungen.

Authentische Erinnerungsorte, die Kristallisationspunkte für ein Gedenken an DDR-Unrecht bilden können, finden sich vor allem in den östlichen Bundesländern und Berlin sowie beiderseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die Erinnerung an DDR-Unrecht ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Staatliche, zahlreiche private und zivilgesellschaftliche Initiativen leisten einen wertvollen Beitrag. Berichte von Zeitzeugen und authentische Objekte

ermöglichen dabei eine besonders eindrückliche Form der Erinnerung, bedürfen aber auch immer der historischen Einordnung.

Seit dem Jahr 2009 befindet sich in unmittelbarer Nähe des Landtags ein Betonsegment der Berliner Mauer. Es ist für uns heute ein Symbol für die Kraft von Freiheit und Selbstbestimmung, zudem aber auch ein Mahnmal für deren immerwährende Gefährdung. Daher ist es unsere Verpflichtung, dieses Segment als historisch-politisches Erbe zu schützen und zu pflegen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, das Betonsegment der Berliner Mauer in unmittelbarer Nähe des Landtagsgebäudes als Erinnerungsort an die deutsche Teilung aus bereiten Mitteln zu erhalten und aufzuwerten, damit es einen festen Platz im Stadtbild behält. Dafür bedarf es eines Dialogs mit der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Daniel Hagemeier
Dr. Günther Bergmann
Rüdiger Scholz

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Angela Freimuth
Stephen Paul

und Fraktion